



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/IX/24 - 29.1.1954

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831-33
Fernschreiber 039890

Deutschland und die UNO	S. 1
Der italienische Neofaschismus	S. 3
Fehlende Verkehrspolitik	S. 5
Sippenhaftung an der Saar	S. 6
<u>Anhang:</u> Erklärung Wehners	

Solidarität mit den Vereinten Nationen

+++ Berlin war schon einmal Prüfstein und Standort für die Auseinandersetzungen zwischen den Grossmächten, die seit dem zweiten Weltkrieg in der deutschen Frage bisher besonders unfruchtbar verlaufen sind. In den Jahren 1948 und 1949 wurden die Gegensätze hier in einer Weise ausgefochten, die zunächst alle Grundsätze der Menschlichkeit vor allem für die Einwohner Berlins selbst zu missachten drohte.

Das Problem der Berliner Blockade wurde damals schliesslich notdürftig durch Verhandlungen zwischen den "zuständigen" Grossmächten gelöst. Die Diskussionsbeiträge der vier Aussenminister auf der Konferenz in Berlin, die sich auf noch viel umfassendere Probleme beziehen, rufen die Erinnerung wach an das Forum, in dem im Jahre 1949 die Lösung des Blockadeproblems angeschnitten und durch ein Viermächtekommuniqué vom 4. Mai 1949 aus New York verkündet wurde. Das Forum war die UNO, die Organisation der Vereinten Nationen. Sie stellte aber nur den Treffpunkt für die Vertreter der beratenden Grossmächte, nicht den organisatorischen Rahmen dar, weil die Sowjetunion sie für deutsche Fragen als nicht zuständig ansah.

Der jetzigen Berliner Konferenz stehen nun nicht nur die Weigerung der Sowjetunion im Wege, die organisatorischen Arbeitsmittel der UNO für die Lösung des Deutschland-Problems anzuerkennen, sondern auch das sowjetische Ansinnen, andere Probleme Europas und der Welt ausserhalb der Vereinten Nationen zu behandeln. Soweit es sich um Fragen handelt, die direkt an das Auftreten der chinesischen Volksrepublik als einer nach aussen aktiven Grossmacht anknüpfen, kann die Sowjetunion mit wenigstens scheinbarem Recht anführen, dass die Vereinten Nationen nicht zuständig seien, weil die chinesische Volksrepublik nicht Mitglied ist. Wenn aber die Behandlung weitergehender Probleme der Menschheit, wie sie in dem ersten der von Molotow vorgeschlagenen Punkte der Tagesordnung umrissen sind, auf eine Konferenz verwiesen wird, die ausser den

vier in Berlin vertretenen Grossmächten auch die chinesische Volksrepublik umfassen soll, entsteht die Frage, ob darin die Absicht einer Untergrabung der Existenz und Funktionsmöglichkeiten der Vereinten Nationen liegt, oder in der Ferne die Vorbereitung eines Generalvorstosses zugunsten der Mitgliedschaft der chinesischen Volksrepublik in den Vereinten Nationen. Der Vorschlag Molotows, eine Weltkonferenz unter Beteiligung aller Staaten, vor allen auch von Nichtmitgliedsstaaten der UNO, kann vielleicht als eine Bestätigung der letzten Auslegung aufgefasst werden.

Das deutsche Volk hat aus den Nachwirkungen zweier Weltkriege die Lehre ziehen können, dass die von der Sowjetunion offen vorgeschlagene und bisher eingehaltene Vorgangsweise nicht zur Lösung internationaler Probleme führen kann, weil sie organisatorisch fehlerhaft und unzuverlässig ist. Der amerikanische Aussenminister Dulles erinnerte in seiner Erwiderung auf die erste Rede Molotows in Berlin an die psychologisch verhängnisvollen Motive und Auswirkungen des Versailler Vertrages vom Jahre 1919. Er unterliess es, an die fruchtbare Seite des Versailler Vertrages, die Errichtung des Völkerbundes, zu erinnern. Ein Grund mag der gewesen sein, dass die Amerikaner sich dem Völkerbund fern hielten. Ein anderer Grund vielleicht die Einsicht, dass dem Völkerbund Befugnisse vorenthalten wurden, die für die positive Lösung des damaligen Deutschland-Problems wesentlich gewesen wären, als die für Deutschland negativen Bestimmungen der materiellen Teile des Versailler Vertrages.

Damals wie heute wurden die Nachkriegsprobleme des besiegten Deutschlands, anstatt durch eine völkerverbindende Organisation, durch einen Rat der Siegermächte behandelt. Man braucht nur an die historisch berichtigte und unzulängliche Botschafterkonferenz zu erinnern, die bis 1923 regelmässig tagte. Bis jetzt schien es der Sowjetunion unmöglich, die organisatorischen Ansätze, die im Rat der vier Aussenminister wohl vorhanden sind, auch nur in dieser Hinsicht praktisch anzuerkennen. Dafür zog sie die Gepflogenheiten des letzten Jahrhunderts, die gelegentliche Abhaltung internationaler Konferenzen und den diplomatischen Notenwechsel vor und beachtete bis zu diesem Augenblick in der Handhabung dieser Gepflogenheiten offensichtlich nicht, dass die Welt mittlerweile eine weitgehende organisatorische Entwicklung und Befestigung eben im Rahmen der Vereinten Nationen erreicht hat.

Für wesentliche Bestandteile des Deutschland-Problems nach dem ersten Weltkrieg ist der Völkerbund unzureichend gewesen, weil seine Ausstattung in wirtschafts- und finanzpolitischer Hinsicht mehr als mangelhaft war. Mit ihren Sonderbehörden sind aber die Vereinten Nationen seit dem zweiten Weltkrieg ganz anders gerüstet als der Völkerbund, um wesentliche und materielle Bestandteile des Deutschland-Problems aufzufangen, erstens, weil ihre Gesamtbefugnisse viel weiter reichen, und zweitens, weil sie eine weltumfassende Organisation für die zwischenstaatlichen Belange geworden sind, und weil ihre Sonderorganisationen praktisch in Permanenz tagen, die Kontinuität in der Behandlung der Probleme sichern und befähigt sind, Deutschland aus der Isolierung zu bringen, die die Gesundung seiner inneren und äusseren Lage hemmt.

+

+

+

Neofaschisten auf dem Kriegspfad

J.k. Rom, Ende Januar

Warum die Mitglieder des Movimento Sociale Italiano, der "Italienischen Sozialbewegung (MSI) Neofaschisten genannt werden, ist unergründlich. Sie sind Faschisten. Ihre Forderungen sind faschistisch. Ihre Art Politik zu treiben, ist faschistisch. Und ihre Sprache ist es. Der Ehrenpräsident des MSI ist Mussolinis getreuester Marschall Rodolfo Graziani, der keine Gelegenheit vorübergehen lässt, bei der es möglich ist, der lächerlichen Demokratie eines auszuweichen. Eine andere Säule der Bewegung ist Filippo Anfuso, letzter faschistischer Botschafter in Berlin. In einem Kommentar zur Berliner Viererkonferenz schrieb er, die einstigen Alliierten trafen sich diesesmal zwar nicht in Potsdam, wohl aber in Berlin; sicherlich gingen sie dorthin wie Menschen, die es zum Schauplatz ihres Verbrechens zurückzucht.

Nur Naive können annehmen, dies sei bereits eine scharfe Sprache. Nur Naive können glauben, dass die freundlichen Anrempelungen, mit denen etwa die bösen Amerikaner beehrt werden, etwas wirklich Kräftiges darstellen. Diese Amerikaner erscheinen ihnen so anmassend und lächerlich, dass ihnen, meint das MSI, ein starker Tobak gebührt. Dass die italienische Wirtschaft zu sehr bedeutendem Teile von ihren Aufträgen, den direkten wie den indirekten, abhängt, wird den Anhängern des MSI besser verschwiegen.

Das MSI, das über 29 Abgeordnete und neun Senatoren (von insgesamt 590 und 243) verfügt, ist trotz aller grossen Reden keine homogene Partei. Sie ist in drei Lager aufgespalten, deren Anhänger sich so herzlich lieben, dass beim letzten MSI-Kongress in Viareggio die Polizei eingreifen musste, als Freunde mit Freunden in eine heftige Keilerei verwickelt waren. Auf jenem Kongress, wo den Zuhörern die wirklichen Blüten faschistischen Temperaments demonstriert wurden, konnten sie lernen, was eine politische Partei und was Demokratie ist. Die Demokratie nämlich, rief ein verspäteter Jünger Mussolinis, ist "die Syphilis des Geistes" und die politischen Parteien sind "nachweislich verbrecherische Vereine". Damit verglichen ist, das muss auch der Gegner zugeben, Anfusos Sprache höchst manierlich.

Das MSI arbeitet dennoch nicht so plump wie diese Redekünste

vermuten lassen könnten. Wo immer die demokratische Republik aussen- oder innenpolitisch eine Schlappe erleidet, wird geschickt zugepackt. Wo immer Gewerkschaften uneinig sind, wird lächelnd auf die Narretei dieser armeneligen Stümper hingewiesen und die eigene Arbeiterorganisation als einzige Rettung aus dem sozialen Elend empfohlen. Sobald sich freilich diese eigenen Organisationen rühren wollen, ändert sich das Bild. Auf dem Kongress zu Viareggio gelang es einem der faschistischen Gewerkschafter, zu Worte zu kommen. Er sagte, niemand könne von einem Arbeiter verlangen, er solle 24 Stunden am Tage Held und Idealist sein. "Wir brauchen den Gewerkschaftskampf", erklärte er. Der Beifall, den er erntete, war dünn.

Dass die Worte "faschistische Gewerkschaft" einen Gegensatz in sich selbst darstellen, ist selbstverständlich. Dennoch hat die Organisation es verstanden, die Belegschaften mehrerer Betriebe für sich zu gewinnen, und wenn sie auch den mit weitem Abstand kleinsten Gewerkschaftsverband darstellt, so hat sie doch ausreichende Mittel für Propagandazwecke zur Verfügung. Daran ändert nichts, dass die anderen Verbände - der kommunistisch geleitete Allgemeine, der christliche Verband CIGL und die kleine sozialdemokratische Sondergruppe - sich bisher standhaft weigerten, an Verhandlungen teilzunehmen, zu denen auch Vertreter der faschistischen Gewerkschaften geladen waren.

Im Gegensatz zum rechten Flügel des MSI, der "nur national" denkt, ist auf seinem linken Flügel unleugbar etwas vorhanden, was als soziales Programm erdacht und propagiert wird. Es ist ein faschistisches Programm. Und es basiert deswegen auf jener Ständestaats-Idee, die in Italien ebenso Schiffbruch erlitt wie in Österreich. Da jedoch dem neuen italienischen Ministerpräsidenten Amintore Fanfani - der früher selbst dem Faschismus nahestand - eine Neigung zu Gedankengängen des Korporativstaates nachgesagt wird, zeigt der linke Flügel des MSI diesem christlich-demokratischen Politiker ein freundlicheres Gesicht als je zuvor irgendeinem Regierungschef gleicher Färbung. Dies hält die Partei jedoch nicht ab, diese wie jede nicht-faschistische Regierung als Feind zu verfolgen.

Was uns fehlt: Verkehrspolitik

-s. "Einschneidende und nachdrückliche Massnahmen" sind zur Bekämpfung der Verkehrsunfälle notwendig. Das wird seit Monaten immer wieder erklärt. Die erste Verkehrssicherheitskonferenz der Bundesrepublik hat diese Erklärung wiederholt und dem Verkehrstod den Kampf angesagt. Mehr ist nicht geschehen. Der Kampf wurde noch nicht aufgenommen, sondern nur angekündigt.

Die Entschliessung der gemeinsamen Konferenz der Bundes- und Länderminister enthält viele Wünsche und Hoffnungen, wenig verbindliche Empfehlungen und keine "einschneidende" Massnahmen. Nicht einmal im Bereich der Verkehrssicherheit wurde der Anfang für eine entscheidende Entspannung der Verkehrskrise gemacht. Was nützt es, wenn die Zahl von 10 000 Unfalltoten beklagt wird, solange aus dieser Klage keine eindeutigen Konsequenzen gezogen werden? Es hat den Anschein als ob die Endlosigkeit des Interessen- und Zuständigkeitsstreits wie eine Mauer zwischen den Einsichten und ihrer Verwirklichung steht.

Der Bund, der sich in vielen Fragen, in denen es nicht um die Erhaltung des Lebens von zehntausenden seiner Bürger geht, nicht scheut, einen Machtanspruch gegenüber Ländern und Gemeinden zu vertreten, demonstriert in allen Fragen des Verkehrs auf der Strasse und der Schiene eine Passivität, in der eine Ursache sowohl für die Misere der Bundesbahn als auch für die ständig wachsende Zahl der Verkehrsunfälle zu sehen ist. Von der Verkehrsgesetzgebung und -verwaltung, über die entsprechenden Bereiche der Haushalts- und Steuerpolitik bis zu den letzten Diskussionen über ein Aktionsprogramm gegen den Unfalltod ist von Seiten des Bundes bisher nichts geschehen, um eine echte Lösung des Problems einzuleiten. Man sage nicht, das liege daran, dass die Zuständigkeit des Bundes in vielen Fragen des Verkehrs sehr begrenzt ist. Wo ist denn der Beweis, dass es in diesen Fragen keine weitgehende Zusammenarbeit, keine Koordinierung aller Massnahmen von Bund und Ländern geben kann? Der Beweis ist nicht erbracht.

Was fehlt, ist ein grosses Programm der Bundes-Verkehrspolitik. Nach vierjähriger Entscheidungslosigkeit genügt es nicht, wenn jetzt Empfehlungen ausgesprochen werden, die nur einzelne Punkte des ganzen Komplexes berühren. Es ist auch nicht möglich, die Frage der Verkehrs-

Komplexes berühren. Es ist auch nicht möglich, die Frage der Verkehrssicherheit von der jetzt im Kabinett erörterten Neuregelung des Verkehrswesens zu trennen. Das ganze Problem muss nicht nach dem Gesetz eines uneingeschränkten freien Wettbewerbs gesehen und gelöst werden; es geht um die Verhinderung eines zusätzlichen Struktur- und Sozialgefälles und um die Erhaltung des Lebens von Zehntausenden. Die Ausdehnung der gemeinwirtschaftlichen Verkehrsbedien- und die von Bund, Ländern und Gemeinden gemeinsam zu verwirklichende Neuplanung der Erweiterung und Verbesserung des Strassennetzes sind zwei Forderungen in diesem Zusammenhang. Aus ihnen ergibt sich die notwendige Entlastung des Strassenverkehrs und die Beseitigung des unvermeidbaren Konkurrenzkampfes zwischen Bahn und Post.

Die erste Bonner Verkehrssicherheitskonferenz hat uns der Lösung der Verkehrsprobleme nicht wesentlich näher gebracht. Die zwischen den Ressorts des Kabinetts und den Interessenverbänden heftig unstrittenen Regierungsvorlagen geben auch keinen Anlass, von dieser Seite die ersten entscheidenden Schritte zu erwarten. Es spricht daher alles dafür, dass auf den Bundestag die Aufgabe zukommt, in den Verkehrsfragen initiativ zu werden, wo sich die Verkehrspolitik der Bundesregierung auf grundsätzliche Deklamationen beschränkt.

+ + + +

Willkürakt an der Saar

Schiffler sei gegen die saarländische Verfassung, begründet Innenminister Hector diese Massnahme.

Saarbrücken, G.G-3

Der Bürgermeister des Bergarbeiterdorfes Holz im Saargebiet, Schiffler, ist dieser Tage durch eine Verfügung des Saar-Innenministers Hector aus seinem Amt entfernt worden. Der Saar-Minister begründete seine Massnahme mit der Beschuldigung, Schiffler biete durch sein bisheriges Verhalten nicht mehr die Gewähr, sich zur Verfassung des Saarlandes zu bekennen.

P/IX/24

29. Januar 1954

mündliche Bemerkung hinzugefügt habe: "Ich danke, dass der Brief, der an die vier Aussenminister gerichtet ist, in kurzer Zeit diskutiert werden sollte."

Charakteristisch für das Auf und Ab des Stimmungsablaufes ist, dass auch diesmal in dieser Spezialfrage, ebenso wie in den ersten beiden Konferenztagen in der Angelegenheit der Tagesordnung, der gestrigen pessimistischen Auffassung heute eine günstige Einschätzung der Situation gefolgt ist. Manches spricht dafür, dass die Sowjets sich nach anfänglichem Sträuben mit der Beschränkung des Themenkreises einer fünfjährigen Fünferkonferenz auf die beiden brennendsten asiatischen Probleme, auf Korea und Indochina, einstweilen begnügen werden. Andererseits wird es nicht für unmöglich gehalten, dass die wichtigste westliche Voraussetzung für eine Konferenz in diesem Rahmen - Aufgabe der direkten Vermischung Sowjetchinas in den Ablauf der Ereignisse in Korea und Indochina - bis zum Termin einer solchen Konferenz im Frühjahr erfüllt sein könnte.

In Berlin scheint in dieser Frage die Front der Westmächte nicht so "starr" zu sein, wie am Donnerstag in einer offiziellen CDU-Vorlesung zu lesen stand. Nach Reuters hat Dulles' "Attacke gegen Chou-en-lai die politische Ruhe der Viererkonferenz erschüttert". Westliche Beobachter betrachten nach Reuters die Ausführungen Dulles als einen Schlag gegen Eden, dessen Regierung das kommunistische China anerkannt hat.

Schliesslich ist bezeichnend, dass auch heute wieder aus den Kreisen der westdeutschen Beobachter-Delegation recht pessimistische Äusserungen in der Beurteilung der Gesamtsituation vorliegen, die sich jetzt bereits gegen "kleine Lösungen" mit geringen Konzessionen wenden und im Grunde auf der Linie des Alles oder Nichts operieren.

Im übrigen hält man sich mit direkten Äusserungen zu der durch die Frage der Fünfmächte-Konferenz aufgeworfenen Schwierigkeit in diesem Kreis zurück.

Verantwortlich: i. V. Albert Exler

Für Deutschland von grösstem Wert

Von dem Beobachter der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Herbert Wehner, bei der Berliner Konferenz wurde am Donnerstagsabend erklärt:

Der völlig überraschende Vorschlag, der am Ende einer in den Einzelheiten oft ziemlich scharf geführten Debatte durch den sowjetischen Aussenminister gemacht wurde, eröffnet die Möglichkeit, in absehbarer Zeit die Universalität der UNO zu erreichen. Dies wäre auch für Deutschland von grösstem Wert.

Mr. Dulles hatte in der gleichen Debatte mit Nachdruck unterstrichen, dass die Satzung der UNO alle Befugnisse enthält, die Fragen zu lösen, die Molotow durch die Fünfmächtekonferenz gelöst wissen will.

In Kreisen von Konferenzteilnehmern wurde, was in der Sozialdemokratischen Partei mit Interesse festgestellt wird, die Auffassung vertreten, dass der Punkt 1) der von Molotow vorgeschlagenen Tagesordnung sich in zwei Teile gliedert: die Minderung der internationalen Spannung und das Problem der Fünferkonferenz, und dass nach dem neuesten Stand der Dinge dieser zweite Teil zunächst erledigt sei.

Trotz der Schwierigkeiten dieses Tagesordnungspunktes hat der vierte Tag der Konferenz auf beiden Seiten den klaren Willen erkennen lassen, eine Lösung zu erreichen und die Berliner Konferenz nicht von den mit dieser Frage verbundenen Gegensätzen erdrücken zu lassen. Die ist eine günstige Entwicklung, die gerade auch von deutscher Seite zu begrüßen ist.

+ + +